



**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Asylgerichtshofgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz und das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2008)**

## **STELLUNGNAHME DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTENKONFERENZ**

**1. September 2008**

Die Universitätenkonferenz hat bezüglich des vorliegenden Entwurfs in zwei Punkten Bedenken, da sie einen finanziellen und administrativen Mehraufwand für die Universitäten bedeuten:

### **Gehaltsgesetz 1956**

#### **Z 19 § 113i Abs. 5**

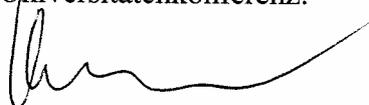
Die Ergänzung der Übergangsbestimmung durch Abs. 5 ist mit einem administrativen und finanziellen Mehraufwand für die Universitäten verbunden. Die Wirksamkeit einer Neuregelung sollte nicht unnötig hinausgeschoben bzw. durchlöchert werden. Abs. 5 ist daher entbehrlich.

### **Vertragsbedienstetengesetz 1948**

#### **Z 4a § 35**

Die Änderung der Definition des Entgeltbegriffs führt zu einer höheren Bemessungsbasis für die Beiträge gemäß dem Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgengesetz (BMSVG). Da die Bemessungsbasis um 32 % steigt und die Universitäten das VBG weiterhin anzuwenden haben, ist mit Mehrkosten zu rechnen.

Für die Universitätenkonferenz:



Univ. Prof. Dr. Christoph Badelt